

19.40

Abgeordnete Mag. Dr. Petra Oberrauner (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentlich am Anfang einen Entschließungsantrag einbringen, aber nach den Darbietungen der türkisen Fraktion muss ich zu den Äußerungen, die da getätigt worden sind, Stellung nehmen. Vor kurzer Zeit war die Parole: Mit dem Virus leben lernen! Nirgendwo ist das so sichtbar wie im Bildungsbereich, weil da die gesamte Familie betroffen ist, wenn irgendetwas nicht funktioniert.

Ich danke Ihnen auch, dass Sie dafür sorgen wollten, dass die Schulen mit Unterricht offen bleiben und nicht zu einem Ort der Beherbergung der Kinder werden, die dort abgegeben werden müssen, weil die Eltern nicht freibekommen. – Das ist übrigens auch Ihrer Chaospolitik zuzurechnen: Zuerst war klar, dass der Staat den Arbeitgebern die Zeit finanziell entsprechend abgilt, wenn die Mütter zu Hause bleiben müssen. Das wäre in Ordnung gewesen, das wäre respektvoll gewesen und das wäre volkswirtschaftlich und für die Gesellschaft im Allgemeinen sinnvoll gewesen, weil man dann Respekt vor den Familien zeigt. Jetzt kommen wir drauf, dass dem nicht so ist. Dann wollte man zwischendurch die Handelsangestellten ausschließen, und zum Schluss ist es so weit, dass man die Arbeitgeber fragen muss, ob sie das Geld entgegennehmen wollen. Also ich muss wirklich sagen, das ist von einer guten Familien- und Sozialpolitik so weit entfernt wie wir vom Mond.

Das Zweite, das ich immer wieder feststelle: Bei Ihnen gibt es ein Syndrom, das mich wirklich ein bisschen verunsichert. Das ist dieses Pippi-Langstrumpf-Syndrom, bei dem man sich jeden Tag sagt: Ich mache mir die Welt so, wie sie mir gefällt, egal was rundherum passiert! – Wir leben mit einer Pandemie, und eine Pandemie bedeutet andere Herausforderungen als ein normales Budget und Regierungsverantwortung präsentiert im großen Stil, bei der man jeden Tag zweifach und dreifach durch Marketing verstärkte Machtdemonstrationen zeigt. Ich muss schon sagen, die Aussage von Frau Mag. Salzmann hat das alles bestätigt.

Danke an die Lehrerinnen und Lehrer, die den Schulbetrieb so gut aufrechterhalten. Schlimm genug, dass Sie die Rahmenbedingungen nicht geschaffen haben und dass das notwendig ist, denn das wäre Ihre Aufgabe als Politiker und Politikerinnen.

Das Dritte, das ich noch anführen möchte, ist, dass Sie immer wieder davon reden, dass wir die Spalter der Nation seien – wenn jemand eine andere Meinung äußert oder etwas einbringen will, damit sich etwas verbessert. Das Gegenteil von spalten ist

kooperieren. Ich verstehe nicht, warum es für Sie so schwer ist, eine Anregung von der Opposition anzunehmen, wenn sie gut ist. *(Beifall bei SPÖ und NEOS.)*

Ich nehme auch eine Anregung von der Regierung an, wenn sie gut ist. Wenn ich sie nicht gut finde, habe ich als Politikerin die Verantwortung, Ihnen begründet und nicht polemisch zu sagen, warum ich sie nicht gut finde und was die Verbesserungsvorschläge wären. Ich muss sagen, Sie besitzen mit Ihrer Mehrheit nicht die Meinung der gesamten Bevölkerung. Das muss Ihnen einmal klar werden. Es gibt mehrere Seiten, es gibt verschiedene Wähler, es gibt Leute in der Gesellschaft, die unterschiedlich denken. Vielfalt ist wichtig. In Einsamkeit glücklich und gemeinsam einsam zu leben, so wie Sie das praktizieren, ist, glaube ich, nicht der richtige Zugang betreffend die Pandemie. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dass es einen Virus gibt, ist unbestritten, dass dieser sehr gefährlich ist, ist auch unbestritten, aber so eine Verleugnung der Realität mit solchen Machtdemonstrationen ist mindestens genauso gefährlich. Ich würde Sie wirklich bitten, das Parlament ernster zu nehmen, die Kontrollfunktionen des Parlaments zu respektieren und nicht überall mitzutun, weil Sie glauben, Sie müssen den Marketingkanzler unterstützen. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Abg. Lausch.)*

So, und jetzt komme ich zu meinem Entschließungsantrag, der sich auf die Lehrerinnen und Lehrer bezieht, die ebenfalls Nachholbedarf bei der neuen Herausforderung des digitalisierten Unterrichtes haben. Eine Studie sagt, dass 28 Prozent der Lehrkräfte sich wenigstens einigermaßen fit für den Einsatz von digitaler Technik im Unterricht fühlen, aber 52 Prozent fühlen sich gar nicht in der Lage, sie anzuwenden. Leider haben wir beim Budget festgestellt, dass nach 70 000 Euro im Jahr 2020 bis zum Jahr 2022 0 Euro budgetiert sind. Da würde ich Sie dringend bitten, Herr Minister, unserem Entschließungsantrag nachzukommen, der wie folgt lautet:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Dr. Petra Oberrauner, Kolleginnen und Kollegen betreffend
„Stärkung der Digitalen Kompetenzen aller Lehrkräfte“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, die notwendigen finanziellen Ressourcen bereit zu stellen und zu garantieren, dass Päd-

goginnen und Pädagogen über Weiterbildungen die digitalen Fertigkeiten und Kompetenzen für einen digitalen Unterricht erlangen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass digitale Kompetenzen in allen Lehramtsstudien vermittelt werden.“

Ich würde Sie wirklich bitten, diese Anregung aufzunehmen. Sie ist sinnvoll, sie ist nachhaltig, sie ist notwendig, und sie kommt von der Opposition, ja, weil Sie halt nicht daran gedacht haben. Wir nehmen es aber nicht für uns in Anspruch, wenn Sie es vermarkten wollen. – Bitte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

19.46

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Oberrauner, Genossinnen und Genossen

betreffend Stärkung der Digitalen Kompetenzen aller Lehrkräfte

eingbracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über TOP 11: Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2021 (Bundesfinanzgesetz 2021 - BFG 2021) samt Anlagen -UG 30

Die Covid-19 Krise hat Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer gleichermaßen gefordert. Mit der Schließung der Schulen im ersten Lockdown wurde der Unterricht in die eigenen vier Wände verschoben und „distance learning“ zur Notwendigkeit. Der abrupte Umstieg auf das Lernen zu Hause war eine große Herausforderung für das Lehrpersonal und zeigte, dass die österreichischen Schulen nicht darauf vorbereitet waren. Laut einer Studie des IHS wurden rund 12% Prozent, also ca. 140.000 Schülerinnen und Schüler, im Homeschooling von ihren Lehrerinnen und Lehrern nicht erreicht.¹

Das Bundesgesetz zur Finanzierung der Digitalisierung des österreichischen Schulwesens (DigiSchG) sieht mit der Umsetzung des 8 Punkte Plans - wenn auch erst ab Herbst 2021 – vor, die technische Ausstattung der Schülerinnen und Schüler zu starten und auf ein einheitliches technisches Niveau zu bringen. In einem Zeitraum von vier Jahren sollen alle Schülerinnen und Schüler der Unterstufen mit digitalen Endgeräten ausgestattet sein. Für die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrer sieht das Gesetz aber nur wenige Mittel vor. Für die Umsetzung der MOOC (massive open online course), einer Online-Basis-Schulung des Lehrpersonals, sind für 2021 nur noch Mittel von 44.000 € budgetiert (Vergleich 2020: 70.000 €) ab 2022 jedoch kein Cent mehr.

Dass genau an der Stelle der Fortbildung gespart wird, ist fatal. Die aktuelle Sonderauswertung der Pisa Studie (TALIS 2018)² zeigt, dass noch immer weniger als die Hälfte der österreichischen Lehrerinnen und Lehrer angibt, dass die Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) im Unterricht Teil ihrer formellen Ausbildung war. Dementsprechend fühlen sich Lehrerinnen und Lehrer in Österreich nur „einigermaßen“ (28%) bzw. „gar nicht“ (52%) auf den Einsatz von IKT im Unterricht vorbereitet, zugleich besuchen sie jedoch vergleichsweise wenige Fortbildungen in diesem Bereich. Auch wenn Lehrerinnen und Lehrer mit Endgeräten ausgestattet werden, können sie aufgrund mangelnder digitaler Fähigkeiten, die Schülerinnen und Schüler nicht damit unterrichten. Distance learning kann dadurch oft nur begrenzt funktionieren. Eine entsprechende flächendeckende Lehrerbildung ist demnach wesentlich für das Gelingen eines jeglichen Digitalisierungskonzeptes.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, die notwendigen finanziellen Ressourcen bereit zu stellen und zu garantieren, dass Pädagoginnen und Pädagogen über Weiterbildungen die digitalen Fertigkeiten und Kompetenzen für einen digitalen Unterricht erlangen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass digitale Kompetenzen in allen Lehramtsstudien vermittelt werden.“

¹https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/2016_Files/Documents/2020/WWTF_Webinar_Praes_100920.pdf

²http://www.bifie.at/wp-content/uploads/2019/06/TALIS-2018_Gesamt_final_Web.pdf

Präsident Ing. Norbert Hofer: Der Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt, ordnungsgemäß eingebracht und steht in Verhandlung.

Zu einer **tatsächlichen Berichtigung** hat sich Herr Mag. Dr. Martin Graf zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Abgeordneter.